

PRESSE-INFORMATION

Stuttgart, 8. Februar 2011

Sparkassen und Volksbanken Raiffeisenbanken gemeinsam gegen Überregulierung „Viele Verbraucher fühlen sich entmündigt.“

1 Die Sparkassen und die Volksbanken Raiffeisenbanken in Baden-Württem-
2 berg setzen sich gemeinsam dafür ein, dass Bürokratie beim Verbraucher-
3 schutz abgebaut wird. Ferner streben sie einen Runden Tisch für den Ver-
4 braucherschutz zusammen mit der Politik und den Verbraucherschützern an
5 und sie wollen, dass mehr für die Bildung breiter Bevölkerungsschichten in
6 Finanzfragen getan wird.

7

8 Dies sind die Kernaussagen eines gemeinsamen Positionspapieres, das der
9 Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) und der Baden-Württem-
10 bergische Genossenschaftsverband (BWGV) erarbeitet haben. Die beiden
11 Präsidenten Peter Schneider MdL (SVBW) und Gerhard Roßwog (BWGV)
12 haben es auf der ersten gemeinsamen Pressekonferenz der beiden Regio-
13 nalverbände am Dienstag in Stuttgart vorgestellt. Die Regionalbanken, die in
14 den beiden Verbänden zusammengeschlossen sind, begleiten rund 90 Pro-
15 zent aller Privatkunden in Baden-Württemberg.

16

„Verbraucherschutz ist im Geschäftsmodell eingebaut“

17
18 Roßwog und Schneider bekannten sich zu einem wirksamen Verbraucher-
19 schutz. „Sparkassen und Volksbanken Raiffeisenbanken sind an ihr Ge-
20 schäftsgebiet gebunden. Sie wissen, was es heißt, ihren Kunden auch mor-
21 gen in die Augen zu schauen. Verbraucherschutz ist in dieses Geschäfts-
22 modell schon aus eigenem Interesse heraus eingebaut.“

23

24 Daher habe die Qualität der Beratung für Sparkassen und Volksbanken
25 Raiffeisenbanken eine herausragende Bedeutung. Beide Bankengruppen
26 haben Konzepte für den ganzheitlichen Beratungsansatz. „Deshalb messen
27 unsere Häuser die Qualität ihrer Beratung auch durch Kundenzufrieden-
28 heitsanalysen.“

29

Viele Verbraucher fühlen sich entmündigt

30
31 Immer mehr Verbraucher beklagen sich, dass der Verbraucherschutz zu weit
32 in ihre Intimsphäre eingreift oder ihnen einfach die Zeit stiehlt, kritisieren die
33 beiden Präsidenten. Die Wertpapierrichtlinie MiFID (Markets in Financial
34 Instruments Directive) verbietet zum Beispiel den Banken jede Anlagebera-
35 tung, wenn der Kunde nicht seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse
36 offenlegt und seine Ausbildung sowie seine berufliche Tätigkeit in seiner
37 Hausbank registrieren lässt.

38

39 „Natürlich ist eine gute ganzheitliche Beratung nur möglich, wenn der Kunde
40 den Berater über seine finanzielle Situation informiert“, sagt Roßwog. „Aber
41 es muss doch in der Freiheit des Kunden bleiben, diese Angaben zu verwei-
42 gern und trotzdem beraten zu werden.“ Und Schneider stellt die Frage: „Wel-

43 cher Rückschluss ist denn aus dem Beruf eines Kunden zu ziehen oder aus
44 einem Schulabschluss, der vielleicht schon 40 Jahre zurückliegt? Was darf
45 der Arzt mehr oder weniger als der Bäcker, was darf eine Hausfrau, was ein
46 Notar?“ Der Gesetzgeber pflege das Bild eines Verbrauchers, das immer
47 mehr Kunden als Entmündigung empfinden.

48

49 **Zeitdiebe: Informationsflut und Beratungsprotokoll**

50 Als Zeitdiebe gelten bei Sparkassen und Volksbanken Raiffeisenbanken die
51 Informationspflichten, die der Verbraucherschutz ausgelöst hat. Roßwog:
52 „Unsere Berater müssen inzwischen einem Kunden schon bei der kleinsten
53 Anlagesumme zwischen 200 und 400 Seiten Informationsmaterial aushändi-
54 gen, wenn er sich für den Kauf eines Investmentfonds entscheidet. In diesen
55 Papieren stehen viele Hinweise, aber wir glauben nicht, dass sie den Kunden
56 helfen, sie schützen oder gar Transparenz bieten.“

57

58 Ein zweiter großer Zeitdieb ist für viele Kunden das neue Beratungsprotokoll.
59 „Die Dokumentation der Beratung ist natürlich wichtig“, bekräftigen beide
60 Präsidenten, und das Beratungsprotokoll könne auch den Weg in eine ganz-
61 heitliche Beratung ebnen. „Die gesetzlichen Vorschriften zum Beratungspro-
62 tokoll werden aber den unterschiedlichen Kundenbedürfnissen nicht ge-
63 recht“, unterstreicht Schneider. „Es gibt viele gut informierte Kunden, die sich
64 häufig beraten lassen. Sie kritisieren massiv die Papiermassen und die War-
65 tezeiten, die durch das neue Beratungsprotokoll erzwungen werden. Das
66 muss jetzt nach einem Jahr praktischer Erfahrung noch einmal auf den Prüf-
67 stand des Gesetzgebers.“

68

69 Im Ergebnis drohe durch diese Reglementierungen, dass Kunden ins Inter-
70 net verdrängt werden, wo es keine Beratung und damit keine Regulierung
71 gibt. „Der Gesetzgeber läuft Gefahr, durch Überregulierung gute Beratung zu
72 verhindern.“

73

74 **Flensburg für Bankberater**

75 Entschieden wenden sich Sparkassen wie Volksbanken Raiffeisenbanken
76 gegen eine zentrale Registrierung aller Bankberater, während freie Finanz-
77 vermittler völlig unbehelligt weitermachen können. „Wir wehren uns gegen
78 die gigantische Bürokratie, die mit der Registrierung von 300.000 Bankbera-
79 tern und der laufenden Pflege dieser Datenbank aufgebaut wird“, so Schnei-
80 der und Roßwog unisono.

81

82 Mit diesem Eingriff entwerte der Gesetzgeber das Kreditwesengesetz, das
83 Grundgesetz der Branche. Es bestimmt, dass ein Bankinstitut eigenverant-
84 wortlich vom Vorstand geführt wird. Seine Eignung wird von der Bankenauf-
85 sicht geprüft und er muss der Adressat von Sanktionen bleiben, wenn etwas
86 schief läuft. Dafür bekomme er auch ein entsprechendes Gehalt.

87

88 Der Gesetzgeber fördere ein Klima des Denunziantentums. Böswilligen
89 Menschen werde es leicht gemacht, einen Berater anzuschwärzen; dem
90 Berater drohen Berufsverbot und der Verlust seines Arbeitsplatzes. „Das ist
91 unverhältnismäßig, das ist kein Klima, in dem gute Arbeit gedeiht.“ Der un-
92 sägliche Begriff von den „verdeckten Ermittlern“ sei Ausdruck dieses Klimas.

93

94 Im Übrigen bekomme die Bankenaufsicht schon seit Jahren Informationen
95 über die Anzahl von Kundenbeschwerden und ihre Behandlung in den ein-
96 zeln Banken.

97

98 **Heftige Kritik: „BaFin muss Grauen Kapitalmarkt kontrollieren“**

99 Während Zehntausende von Bankberatern in Baden-Württemberg bald ein-
100 zeln bei der Bankenaufsicht registriert werden sollen, dürfen ihre Konkurren-
101 ten am Grauen Kapitalmarkt unkontrolliert verkaufen, kritisierten Roßwog
102 und Schneider. Seit Jahrzehnten spreche man über Milliardensummen, die
103 auf diesem Markt durch falsche Versprechungen eingesammelt und vernich-
104 tet werden, ohne dass der Gesetzgeber für sogenannte freie Finanzvermittler
105 die gleichen strengen Regeln der Bankenaufsicht einführen will, wie für die
106 Beratung in Filialen. „Der Graue Kapitalmarkt gehört unter die Aufsicht der
107 BaFin und nicht zur Gewerbeaufsicht.“

108

109 **Kampf um besseren Verbraucherschutz in Europa**

110 Große Sorgen machen sich die beiden Verbände, weil zurzeit ein wichtiges
111 Stück Verbraucherschutz in Europa in Frage gestellt wird. Die EU-Kommis-
112 sion will, dass bei Bankinsolvenzen nur noch Spargelder von maximal
113 100.000 Euro geschützt sind.

114

115 „Die Sparkassen und die Volksbanken Raiffeisenbanken haben mit der Insti-
116 tutssicherung seit vielen Jahrzehnten ein eigenständiges und bewährtes
117 System zum Schutz der Kundengelder, das weit über diesen Minimalschutz
118 hinausgeht“, betont Roßwog. Diese Sicherungssysteme setzen früher an, da
119 es ihr oberstes Ziel ist, eine Insolvenz zu verhindern und stattdessen ein
120 betroffenes Institut durch einen Sanierungsplan wieder aus einer eventuellen
121 Schiefelage zu befreien. Dadurch seien alle Kundengelder in unbegrenzter
122 Höhe garantiert.

123

124 Schneider: „Die Institutssicherung ist für die gesamte Volkswirtschaft vorteil-
125 haft. Sie stiftet Vertrauen und sorgt für Stabilität im Finanzsektor, denn sie
126 verhindert Bankenschieflagen durch Vorsorge. Für diese Form des Verbrau-
127 cherschutzes müssen wir jetzt kämpfen, weil die Institutssicherung in Europa
128 Vorbildcharakter haben kann.“ Die Institutssicherung stößt mittlerweile auch
129 in anderen Ländern wie Italien und Ungarn auf großes Interesse.

130

131 Die beiden Präsidenten würdigten, dass sich der Landtag von Baden-Würt-
132 temberg im vergangenen Herbst einmütig für die Institutssicherung positio-
133 niert hat. Auch die Europaparlamentarier aller Fraktionen aus Baden-Würt-
134 temberg kennen den Wert der Institutssicherung und setzen sich für ihren
135 Erhalt ein. Verbraucherminister Rudolf Köberle hat sich offen für die Idee des
136 Runden Tisches gezeigt.

Ihre Ansprechpartner:

Stephan Schorn, Pressesprecher SVBW

Reinhard Bock-Müller, Pressesprecher BWGV

Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart
Fon 0711 127-77 390 Fax 0711 127-77 943
E-Mail: stephan.schorn@sv-bw.de – www.sv-bw.de

Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Fon 0711 222 13-27 70 Fax 0711 222 13-29 73 77
E-Mail: reinhard.bock-mueller@bwgv-info.de – www.bwgv-info.de